

27.11.2006 - 11:30 Uhr

Pressekonferenz/Aktion: Der Bundesrat soll endlich Nägel mit Köpfen machen!

Altdorf (ots) -

Über 40000 Bürgerinnen und Bürger verlangen in einer Volksvernehmlassung der Alpen-Initiative, dass der Bundesrat in der Verlagerungspolitik endlich Nägel mit Köpfen macht: Die Zahl der alpenquerenden Lastwagenfahrten muss bis zum Jahr 2009 auf die vom Gesetz verlangten 650'000 reduziert werden und bis 2008 die Alpentransitbörse eingeführt sein. Alt-Ständerat Sergio Salvioni bekräftigt, dass für die Ergreifung der Massnahmen allein der Bundesrat zuständig ist.

Heute hat die Alpen-Initiative rund 40'000 Unterschriften von Mitgliedern und SympathisantInnen der Bundeskanzlei übergeben. Die Unterzeichnenden bekräftigen dabei die Hauptforderungen der Volksvernehmlassung zum Güterverkehrsverlagerungsgesetz (GVVG). Wir wollen den Bundesrat damit an seine Aufgabe erinnern, sagte Nationalrat Fabio Pedrina (SP, TI), Präsident der Alpen-Initiative an der Pressekonferenz. Das GVVG sollte die Verlagerung regeln. Aber statt griffigen Massnahmen schlägt es eine Verschiebung des Verlagerungstermins vor, kritisierte Pedrina. Der Volkswille werde damit einmal mehr missachtet. Falls der Bundesrat weiterhin seine Verantwortung nicht wahrnimmt, werden wir eine Aufsichtsbeschwerde einreichen und so eine Parlamentsdebatte über die Arbeit des Bundesrates und seinen Umgang mit der direkten Demokratie entfachen.

Alt-Ständerat Dr. jur. Sergio Salvioni (FDP, TI) kommt zum gleichen Schluss wie im Juni bereits Professor Heribert Rausch, Ordinarius für Öffentliches Recht an der Universität Zürich: Es ist nicht das Parlament, sondern der Bundesrat, der die Massnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Scheine beschliessen muss. Dies sagt der Alpenschutzartikel der Bundesverfassung klar und deutlich. Der Text wurde vom Volk und den Kantonen angenommen und vom Parlament abgesegnet, erläuterte Salvioni an der Pressekonferenz. Mit der Annahme des Verfassungsartikels wollten Volk und Kantone also dem Bundesrat den direkten Auftrag erteilen, die zur Verlagerung nötigen Verordnungen zu erlassen, folgerte Salvioni. Der Bundesrat habe mit der Annahme der Initiative einen zwingenden Auftrag erhalten. Jetzt müsse er den politischen Mut zeigen, die eigene Verantwortung wahrzunehmen und die Vollzugverordnungen vorbereiten.

Bilder honorarfrei ab 14.00 Uhr auf: www.ex-press.ch

Gesamte Pressemappe ab 11.30 verfügbar auf:
www.alpeninitiative.ch

Für Rückfragen:

Alf Arnold, Geschäftsführer Alpen-Initiative

Telefon +41/41/870'97'81

oder +41/79/711'57'13

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100002430/100520447> abgerufen werden.